

Wahlprüfsteine Wuppertaler Aktionsbündnis gegen TTIP und andere Freihandelsfallen zur Europawahl 2019



1) Klimaschutz und Energiewende

Auf internationaler Ebene präsentiert sich die Bundesregierung als Vorkämpferin gegen die Erderwärmung. In Deutschland jedoch blieben die Treibhausgasreduktionen jahrelang unverändert und die Klimaziele werden verfehlt. Wie das Klimziel Deutschlands, bis 2050 weitgehend treibhausneutral zu sein, erreicht werden kann, lässt die Bundesregierung bis heute offen.

Unsere Forderungen:

- Erderwärmung deutlich unter zwei Grad anstreben
- Klimaschutzziele für 2020 einhalten
- spezifische Klimaschutzziele für alle Sektoren, auch Verkehr und Landwirtschaft vereinbaren
- Einsatz fossiler Brennstoffe bis 2030 beenden; endgültiger Ausstieg aus der Kohleverstromung jetzt festlegen; keine öffentliche Entschädigung für die Stilllegung längst abgeschriebener Kraftwerke
- ausreichend hohe (Mindestpreise) und langfristig angelegte CO₂ Abgabe auf fossile Energieträger
- Förderung öffentlicher Gesellschaften oder Genossenschaften zur Übernahme aller „fossilen“ Beschäftigten und Kraftwerke und Konversion in regenerative Energiegewinnung
- Finanzhilfen für Klimaschutz zur Unterstützung ärmerer Länder auf 8 Mrd. Euro aufstocken

2) Verkehrswende

Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die Treibhausgasreduktionen im Vergleich zu 1990 nicht zurückgegangen, sondern sogar noch gestiegen sind.

Unsere Forderungen:

- Bis 2035 eine CO₂-freie Mobilität anstreben durch
- Festlegung eines Enddatums für Autos mit Verbrennungsmotoren
 - Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsmittel (Fahrrad, Bus, Bahn) (vgl. ausführlich Studie des Wuppertal Institut: Verkehrswende für Deutschland: Der Weg zur CO₂-freien Mobilität bis 2035, Hamburg 2017)
 - CO₂ Bepreisung auch im Verkehr und in der Landwirtschaft
 - Tempolimits (Autobahnen 120 km)
 - Integration des ÖPNV in die gegen Privatisierung geschützte öffentliche Daseinsvorsorge mit neuen Finanzierungsquellen für ÖPNV (Steuern, Umlage)
 - Rückbau städtischer Autobezogener Flächen
 - Einbeziehung des Flug- und Schiffsverkehrs in die Verkehrswende

3) Agrarwende

EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen überfluten die Märkte Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und zerstören so die Lebensgrundlage von Millionen Menschen. Unser Überschuss wird zudem auf Kosten der Ressourcen und der Fläche in den Ländern des globalen Südens produziert, die den Menschen dort für den Anbau ihrer Lebensmittel fehlen.

Unsere Forderungen:

- Abkehr von der exportorientierten, industrialisierten Landwirtschaft
- eine gerechte Landwirtschaftspolitik zur Förderung der Existenz der KleinbäuerInnen und der Ernährungssouveränität (eigenes Ernährungssystem, Selbstversorgung) der Länder des Globalen Südens
- Umbau zu einer ökologischen und tiergerechten Landwirtschaft, die den Bäuerinnen und Bauern hier und in den sich entwickelnden Ländern faire Arbeits- und Lebensbedingungen ermöglicht

4) Faire Handelspolitik

Auf Druck der EU (und Bundesregierung) sind die Länder des Südens (u.a. Afrika, Mittel- und Südamerika) gezwungen, ihre Märkte zu öffnen und auf Zölle zu verzichten. Die EU-Billigimporte zerstören kleinbäuerliche Strukturen und behindern den Aufbau der Weiterverarbeitung. Der Handel mit dem globalen Süden (vor allem Afrika) muss auf eine faire Basis gestellt werden.

Unsere Forderungen:

- Verzicht auf Handelsverträge, die eine Marktöffnung erzwingen; Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge, öffentlicher Güter (Energie und Wasser, Bildung, Gesundheit) und der sozialen Infrastruktur vor Privatisierung
- Zulassen von Schutzmechanismen (z.B. Zölle) gegen EU-Billigimporte
- Vorzug der Menschenrechte vor Investitionsschutz
- Unterstützung beim Aufbau von regionalen Handelszonen (Afrika, Mittelamerika, Südostasien) und Förderung der lokalen Landwirtschaft, Fischerei und Kleinindustrie in der Peripherie
- Reduzierung des Rohstoffverbrauchs durch Importbeschränkungen und nachhaltige Kreisläufe; Verbot von Rohstoffimporten, wenn sie mit Landraub, Vertreibung, Verletzung der Menschenrechte und des Umweltrechts einhergehen
- Berücksichtigung des Klimawandels mit strengen Einsparungszielen in allen Handelsverträgen; Unterstützung lokaler und nachhaltiger Versorgungsketten und gemeinsamer Regelungen zum Klimaschutz
- Abfall darf nicht unser Hauptvermächtnis an künftige Generationen werden. Inzwischen sind die Ozeane bis in die Tiefsee mit Plastikmüll gefüllt, für den radioaktiven Abfall aus Kernkraftwerken gibt es keine Entsorgungslösung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen hat ganze Regionen verwüstet und verseucht. Die Europäische Union und die Bundesregierung dürfen in Zukunft nur noch solche Materialien zulassen, die innerhalb einer Generation wieder natürlich abgebaut oder technisch entsorgt werden können.

5) Öffentliches Beschaffungswesen

Unsere Forderungen:

- Es muß öffentlichen Stellen erlaubt sein Waren, Arbeitsleistungen und Dienstleistungen bei lokalen Unternehmen zum Erhalt lokaler Wirtschaftsstrukturen sowie zur Gewährleistung des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit einzukaufen.
- Die Schaffung von öko-fairen Produkten sollte ausdrücklich möglich sein.

6) Sozialpolitik

- Die EU ist radikal marktwirtschaftlich orientiert, wie u.a. die zahlreichen Handelsabkommen zeigen. Wir fordern eine europäische Sozialpolitik, die Beschäftigte schützt und die Privatisierung öffentlicher Güter beendet

7) Demokratisierung

- Schluss mit den Geheimverhandlungen wie bei CETA sondern volle Transparenz
- Stärkung der Rechte des gewählten EU - Parlamentes gegenüber Rat und Kommission

Kontakt: Wuppertaler Aktionsbündnis gegen TTIP und andere Freihandelsfalle WAT@bwup.de